

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Insa Bloem

„Bangladesch im Überblick“ erscheint in Kooperation mit NETZ e.V., Wetzlar | www.bangladesch.org

Verhaftung

Am 10. August 2013 wurde Adilur Rahman Khan, Geschäftsführer der Menschenrechtsorganisation *Odhikar*, verhaftet. Am 30. Oktober wurde er auf Kaution wieder entlassen. Anlass für die Verhaftung war ein von *Odhikar* erstellter Bericht. In diesem heißt es, dass 61 Menschen während der Ausschreitungen zwischen Sicherheitskräften und Anhängern der islamistischen Bewegung *Hefazat-e Islam* in Dhaka am 5. und 6. Mai 2013 gestorben seien. Die Regierung hatte zunächst von deutlich weniger Todesfällen berichtet. Die Verhaftung Khans wurde von mehreren nationalen sowie internationalen Organisationen scharf verurteilt. Diese fordern seine sofortige Freilassung. Nationale Menschenrechtsverteidiger sehen in seiner Verhaftung das Bemühen der Regierung, kritische Stimmen zu Menschenrechtsverletzungen vor den anstehenden Parlamentswahlen verstummen zu lassen.

Registrierung entzogen

Der Oberste Gerichtshof Bangladeschs urteilte am 1. August 2013, dass die Registrierung der *Jamaat-e-Islami* als Partei illegal sei und daher entzogen werden müsse. Die Partei verstoße in ihren Grundsätzen gegen die bangladeschische Verfassung, da sie unter anderem die Einführung des islamischen Rechtssystems anstrebe und die repräsentative Demokratie des Landes nicht anerkenne. Laut Aussagen der Generalstaatsanwaltschaft sei zudem durch die Verhandlungen der Kriegsverbrechertribunale festgestellt worden, dass die *Jamaat-e-Islami* eine kriminelle Organisation sei, weshalb auch ein gänzlich Verbot der Partei bewirkt werden könne. Die Entziehung der Registrierung hat zur Folge, dass die Partei nicht an den für Januar 2014 geplanten Parlamentswahlen teilnehmen kann. Einzelne Politiker könnten jedoch als unabhängige Kandidaten teilnehmen.

Chittagong Hill Tracts

Amnesty International veröffentlichte im August 2013 den Bericht „An den Rand gedrängt“, der sich mit der Situation der indigenen Minderheiten in den Chittagong Hill Tracts befasst. Zudem führte die Organisation eine Petition durch, um sich für die Rechte der indigenen Bevölkerung einzusetzen. In einer Erklärung

vom 8. Juli 2013 hatte die internationale Chittagong-Hill-Tracts-Kommission ihre Besorgnis angesichts der zunehmenden Gewalt gegen die indigenen Minderheiten durch Polizei und Sicherheitskräfte zum Ausdruck gebracht.

152 Höchststrafen

Fast fünf Jahre nach dem bisher blutigsten Aufstand Bangladeschs wurden am 5. November 2013 die Urteile gegen 823 angeklagte Grenzsoldaten und 23 Zivilisten gesprochen: 152 Todesurteile sowie 161 lebenslange Haftstrafen wurden verhängt, 171 Personen wurden freigesprochen. Am 25. Februar 2009 hatten sich Mitglieder der Grenzschutzereinheit landesweit gewalttätig gegen ihre Offiziere erhoben. Als Hauptgründe für die Meuterei gelten ihre im Vergleich zur regulären Armee unter anderem schlechte Bezahlung und der Ausschluss der Grenzschrützer von lukrativen UN-Friedensmissionen im Ausland.

Lohnerhöhung für *Garment Worker* geplant

Die Tageszeitung *The Daily Star* meldete am 22. November 2013, dass das *Wage Board* eine neue Lohnstruktur für Beschäftigte der exportorientierten Bekleidungsindustrie angekündigt hat, die ab Dezember 2013 in Kraft treten soll. Das Lohnmodell ist in sieben Gehaltsstufen gestaffelt. Der Mindestlohn für *Garment Workers* steigt um 77 Prozent auf 5300 Taka pro Person. Der Lohn teilt sich auf in 3000 Taka Grundlohn (gesenkt von 3200 Taka in der vorigen Fassung), 1200 Taka für die Miete, 250 Taka für medizinische Belange, 200 Taka für Transportkosten und 650 Taka Ernährungszuschuss. Der Grundlohn soll jährlich um fünf Prozent angehoben werden. Trainees und Auszubildende sollen 4810 Taka Mindestlohn erhalten und nach drei bis sechs Monaten zur Stufe *Garment Workers* aufsteigen. Der Entwurf soll nun vom zuständigen Ministerium überprüft und amtlich gemacht werden. Angesichts der aktuellen politischen Situation, der verheerenden Fabrikunglücke und der Arbeiterproteste ist eine Lohnerhöhung unumgänglich, auch um die Bekleidungsindustrie als wichtigsten Wirtschaftszweig zu erhalten. Die Überprüfung von internationaler Seite und Aufklärungsarbeit unter den Arbeiter/-innen sind dabei dringend erforderlich.